

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 40.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsrate pro Bogen 2 Pf. oder deren Raum 25, für Zahll. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 5. Oktober 1907.

Verlag: A. Dohrbach, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. W. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Hamburg.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen und München.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Prinzipielle Gegensätze zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Unter dieser Stichmarke veröffentlicht die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes, in Nr. 37 einen Leitartikel. In einer Anmerkung empfiehlt die Redaktion ihren Agitatoren, die gezwungen sind, in Versammlungen den Gegnern gegenüber zu treten, den Artikel zum eingehenden Studium. Sie dokumentiert damit, daß sie die in dem Artikel aufgestellten Grund- und Gegensätze als richtig anerkennt und hofft, daß die Kenntnis derselben den christlichen Agitatoren große Dienste leisten wird. Bisher haben wir im geistigen Waffenarsenal der Gewerkschaftsdrucker fast nur Schlagworte, Phrasen, Verleumdungen und Verdrehungen gefunden, und speziell die „Gewerkschaftsstimme“ hat alles getan, um zu verhindern, daß ihre Agitatoren an solchen Waffen jemals Mangel leiden. Wenn das in Zukunft anders werden soll, wenn die christliche Presse und die christlichen Agitatoren nicht mehr die einzelnen Personen, sondern die Sache zum Gegenstand ihres Angriffs machen wollen, wenn es ihnen Ernst damit ist, an Stelle ihres blöden Schimpfens auf die „gottlosen, sozialdemokratischen Terroristen“ grundsätzliche Erörterungen über den Wert der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu pflegen, dann soll uns das sehr angenehm sein. Zum Beweis dessen wollen wir uns heute kurz mit den grundsätzlichen Gegensätzen oder gegensätzlichen Grundbegriffen, die in dem erwähnten Artikel gesponnen sind, beschäftigen.

Wir übergehen dabei die verschiedenen, aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate, mit denen der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften ein ausgewischt werden soll, und halten uns an die drei fettgedruckten Sätze, die den Kern des Artikels bilden. Es heißt da:

Das Christentum erkennt die Klassenunterschiede als berechtigt an, verlangt aber eine ausgleichende Gerechtigkeit. Christliche Nächstenliebe soll die Wunden dieser Verschiedenheiten heilen, soll dem Arbeiter Gerechtigkeit widerfahren lassen. Daher kämpfen die christlichen Gewerkschaften nicht um Beseitigung der bestehenden Klassen, sondern nur um Beseitigung der Mißstände, die sich im Laufe der Zeit zumungunsten der Arbeiterschaft ergeben haben

Auf christlicher Seite bedeutet er (der Kampf. D. R.) nichts als ein Ringen um diese oder jene Verbesserung. Auf sozialdemokratischer Seite stellt er eine Etappe im Kampfe um die Vernichtung des Kapitals, der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, dar. Auf christlicher Seite handelt es sich demnach um die Wahrung bestimmter Interessen, auf sozialdemokratischer Seite handelt es sich um die Zerstörung eines seit Jahrtausenden bewährten Systems

Sie (die christliche Arbeiterschaft) bekämpft auch den Unternehmer nicht, weil er Unternehmer ist und einer anderen Volksschicht angehört, sondern weil er bestimmte Rechte seinen Arbeitern nicht gewährt. Gewährt er diese, dann schließen die christlichen Arbeiter einen ehrlichen Frieden ab. Die christliche Arbeiterschaft erkennt die Existenzberechtigung anderer Klassen vollinhaltlich an und hat gar keinen Grund, diese zu bekämpfen, so lange dieselben sich keine Uebergriffe auf die Arbeiterschaft erlauben

Also die Christlichen wollen nicht die bestehenden Klassen, sondern nur die Mißstände beseitigen, die „sich im Laufe der Zeit ergeben haben“. Demnach hat es früher solche Mißstände nicht gegeben? Nun erzählt uns aber die Geschichte, daß solche „Mißstände“ genau so alt sind, wie die Klassen selbst. Das äußere Merkmal einer bevorzugten Klasse ist ein Mehr an Genuß oder ein Weniger an Arbeit, oder — mehr Genuß und weniger Arbeit. Letzteres ist die Regel! Diese ungleiche Verteilung von Genuß und Arbeit oder Rechten und Pflichten ist aber schon an sich ein „Mißstand“ zumungunsten der Arbeiterschaft“, der graduelle Unterschiede aufweisen, nie aber ganz verschwinden kann. Vollständig unmöglich ist es aber, hier eine Grenze zu finden, wo die „Uebergriffe“ der Herrschenden und wo die „bestimmten Rechte“ der Beherrschten beginnen. Entweder man nimmt die Gerechtigkeit als einen feststehenden Grundsatz und dann

bedeutet sie gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Menschen, also Abschaffung aller Klassen, oder sie wird ein verschwommener Begriff, der lediglich den ungefähren Ausdruck gegebener Machtverhältnisse darstellt, als solcher nie ganz fest umgrenzt werden kann und fortwährend Änderungen unterliegt. Die christlichen Anhänger dieses verschwommenen Gerechtigkeitsbegriffes müssen, wenn sie ihre grundsätzlichen Forderungen präzisieren wollen, mit relativen Begriffen operieren, obwohl diese Begriffe nur einen Sinn haben, wenn man sie im Verhältnis zum jeweiligen Gesamtleben bringt. Das gesamte Wirtschaftsleben ist aber in fortwährendem Fluß begriffen; was vor wenigen Jahrzehnten angemessen war, ist heute unangemessen, was als menschenwürdig galt, gilt heute als unwürdig. Aber nicht nur in der Zeit, hintereinander, sondern auch im Raume, nebeneinander, haben wir dieselbe Verschiedenheit. Was der Kuli als besonderes Glück preisen würde, empfindet der deutsche Arbeiter unter Umständen als höchst unangemessen und entwürdigend, und geringschätzig blickt wiederum ein amerikanischer Arbeiter auf den bedürftigeren deutschen Herab. Wo will da der christliche Prinzipienwächter die Grenze finden, wo die Zufriedenheit aufhört und der Kampf gegen Mißstände beginnen muß?

So lange es Herrscher und Beherrschte, Ausbeuter und Ausgebeutete gegeben hat, hat es auch „Mißstände“ im Sinne des christlichen Artiklers gegeben. Wenn vor rund 5000 Jahren die Ägypter ihre Sklaven militärisch organisierten, ihnen das Sklavensymbol mit glühendem Eisen einbrannten und 100 000 dieser Kerkmisn verwendeten, um ein Grabmal zu bauen, so war das ein arger „Mißstand“ für die Sklaven, und wenn 3000 Jahre später die römischen Sklavensklaven ihre Sklaven von wilden Tieren zerreißen ließen, um ihre abgestumpften Sinne an diesem Schauspiel zu ergötzen, so war das ebenfalls ein „Mißstand“. Nicht viel besser war es im christlichen Zeitalter. Die graufigen Schandthaten der Inquisition sind nichts wie der Verzweiflungskampf des Papismus um seine Machtstellung. Er mußte die Menschen geistig knechten, um sie ökonomisch ausbeuten zu können. Und die Leibeigenschaft und Hörigkeit mit ihren Begleit- und Folgeerscheinungen, den hundertlei Fronen, Zins und Zehnten der armen entrechteten Bauern, die Beschränkung der persönlichen Freiheit, die körperliche Züchtigung, das jus primae noctis der Feudalherren usw. usw., alles das waren „Mißstände“ für die unterdrückte Klasse. Oder hat etwa das kapitalistische Zeitalter Studien gefasst, wo jene Mißstände nicht vorhanden waren? Etwa zu jener Zeit, wo er unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit hatte? Wo er neben Männern und Frauen auch noch die Kinder in unbegrenzter Zahl und unbegrenzter Dauer ausbeuten konnte? Nein, nicht weniger, sondern mehr Mißstände waren früher vorhanden, und es ist ungläublich töricht, so zu tun, als ob es eine Zeit gegeben habe, in welcher die Menschen trotz ihrer Scheidung in Klassen in holdster Eintracht gelebt hätten.

Den Gipfel der Unverschämtheit bildet es aber, von unserer heutigen Gesellschaftsordnung als von einem „seit Jahrtausenden bewährten System“ zu sprechen. Erstens hat die sogenannte göttliche Ordnung im Laufe der Jahrtausende gar mancherlei Wandlung erfahren und zweitens haben sich die diversen „Systeme“ immer nur bewährt für die herrschenden Klassen, während die Beherrschten Not und Elend in schredenerregendem Maße haben auskosten müssen.

Nichtsjagender Redebrei ist der letzte der angeführten christlich-prinzipiellen Leitsätze. Sie bekämpfen den Unternehmer nur, weil er „bestimmte Rechte“ seinen Arbeitern nicht gewährt. Was aber bestimmte Rechte sind, wird keiner der christlichen Prinzipienmacher sagen können. Noch toller ist der Schlussatz. Die „anderen Klassen“ sollen nur bekämpft werden, wenn sie sich Uebergriffe auf die Arbeiterschaft erlauben. Daß die ganze Klassencheidung, die Aneignung fremder Arbeit, die politische Rechtlosmachung großer Arbeitermassen, die einseitige Anwendung der Gewalt, die Mißachtung des gesamten Arbeiterstandes, kurz, daß das ganze Leben, die gesamte Betätigung der bestehenden Klasse ein einziger „Uebergriff“ ist, das leuchte dem christlichen Prinzipienmacher nicht ein. Er wartet auf Uebergriffe, aber mit geschlossenen Augen.

Das, was vom christlichen Sozialen Mißstände und Uebergriffe, von uns aber Ausbeutung und Unterdrückung genannt wird, ist nicht das Ergebnis des bösen Willens einzelner Menschen, sondern naturnotwendige Begleiterscheinung der Scheidung der Menschen in Klassen. Eine herrschende Klasse, die die beherrschte nicht ausbeutet, unterdrückt und entrechtet, ist einfach undenkbar. Der Grad dieser Unterdrückung wird bestimmt durch das jeweilige Machtverhältnis der Klassen, das heißt, es wird um so geringer sein, je mehr die Unterdrückten Widerstand leisten und leisten können, es wird um so größer sein, je wehrloser sie sind; aufgehoben wird die Unterdrückung aber erst dann, wenn die Klassen aufgehoben werden. Das Streben der Unterdrückten geht aber nicht nur dahin, ihr Joch zu lindern, sie wollen

es abwerfen. Jede Besserung ihrer Lage ist deshalb nur eine Abschlagszahlung, und jede befriedigte Forderung gebiert eine neue, weitergehende. Niemals wird eine Zeit kommen, in der die beherrschten Klassen zufrieden sind. Die Beseitigung aller Klassenunterschiede wird gar oft als Utopie verschrien, die Mär von einer Zufriedenheit aller Menschen in einem Klassenstaat ist eine tausendmal größere Utopie. Abgesehen von ihrer Unmöglichkeit wäre eine solche Zufriedenheit auch der Totengräber aller Kultur.

Wahres Menschentum, volle Freiheit und Gleichheit aller ist nicht möglich auf dem Boden des Klassenstaates. Wer sie fordert, muß Abschaffung der Klassen fordern. Der Drang nach voller Freiheit und ganzem Recht wohnt in jedem Unterdrückten, aber nicht alle wissen, daß dazu eine Umformung der Gesellschaft notwendig ist. Die es wissen, kämpfen als bewußte Klassenkämpfer in den Reihen der modernen Gewerkschaften; die es nicht wissen, finden wir im plan- und ziellosen Kampfe gegen „Mißstände“, „Uebergriffe“ und „Auswüchse“ einer Ordnung, die sie für gut halten, weil sie alt ist und im Geruch der Heiligkeit steht. Das sind Unterschiede, aber keine Gegensätze, denn am letzten Ende wird der Kampf gegen die Wirkungen den Kampf gegen die Ursachen nur nützen.

Prinzipielle Gegensätze bestehen also zwischen den Arbeitern nicht. Sie seufzen alle unter dem gleichen Joch, tragen alle die gleichen Ketten, haben alle den gleichen Grund zur Unzufriedenheit. Daß es trotzdem Menschen gibt, die das Gegenteil behaupten, die die Klassen den Schänden unseres sozialen Lebens mit einzigen Schönheitspflasterchen belegen wollen, dabei durch Schaffung künstlicher Gegensätze die Arbeiter gegeneinanderheben und ihnen einreden, daß unsere heutige Ordnung eine göttliche und deshalb gute sei, nimmt nicht weiter wunder.

Wenn die Pest Ordensbänder und Gnadengehälte geben könnte, so würden sich genug niedrige Philosophen, Pfaffen und Juristen finden, welche behaupten würden, die Pest herrsche nach göttlichem Rechte und daß derjenige, der sich ihren schädlichen Einflüssen entziehen würde, sich an dem Schöpfer verfühnde.“

Gummikönige und Arbeiteruntertanen.

Die Erkenntnis vom Wert des Arbeiters als Menschen und die Einsicht, daß der Arbeiter ein Recht hat, zu fordern, daß ihm bei Festsetzung seiner Arbeitsbedingungen ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, wächst nicht in die Köpfe unerer kapitalistischen Unternehmer hinein, sie muß hineingetragen werden. Das geschieht nun aber nicht durch salbungsvolle Reden, noch durch papierne Resolutionen oder sozialpolitisch angestrichene Kongresse bürgerlicher Philantropen, sondern durch zielbewusste und konsequente Willensbetätigung der Arbeiter. Weder soziale Einsicht, noch christliche Nächstenliebe bestimmen die Handlungen des Durchschnittsunternehmers, es ist vielmehr immer die Erwägung: wie profitiere ich am meisten? Prinzipiell zahlt der Unternehmer so wenig Lohn, wie irgend angängig, wenn aber die Arbeiter stark genug sind, sich einen anständigen Lohn zu erzwingen, so hat er es billig, den Einsichtigen hervorzuziehen, der seine Arbeiter auskömmlich bezahlt. Prinzipiell schwärmt der Unternehmer unbedingt für den Absolutismus im Betriebe, er will „Herr im Hause“ sein, wenn aber die Arbeiter klug genug sind, sich für das konstitutionelle Arbeiterverhältnis zu erwärmen, wenn sie auf ihr Mitrederecht pochen und wenn sie stark genug sind, sich das selber zu erzwingen, so wird derselbe Unternehmer sich gar oft als Fortschrittler gerieren, der den Arbeitern die ihnen zukommende Stellung im Arbeitsverhältnis einräumt.

Nichts ist deshalb auch verkehrter, als wenn die Arbeiter nach dem Muster der Geiben usw. auf die Einsicht der Unternehmer ihre Hoffnungen setzen und vom sozialen Pflichtgefühl kapitalistischer Unternehmer das Heil für das Heer der Arbeiter erwarten. Die Anerkennung der Arbeit ist nicht eine Folge der wachsenden Einsicht der Kapitalisten, sondern umgekehrt, diese Einsicht wird erst geboren aus der Anerkennung, die sich die Arbeiter erzwingen haben. Der Beweis hierfür ist leicht zu erbringen. Im bestorganisierten Gewerbe Deutschlands, dem Buchdruckgewerbe, ist den Arbeitern die volle Gleichberechtigung bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen eingeräumt, in anderen gut organisierten Bezirken, Holzgewerbe usw., steht die volle Anerkennung in naher Zukunft, und im schlechtestorganisierten Produktionszweig, der Landwirtschaft, ist der Arbeiter weit eher dem Tier gleichgestellt, als etwa einem ostpreussischen Junker.

Auch innerhalb der Industrie gibt es noch Betriebszweige mit einem Unternehmertum, das den Arbeiter als Objekt, nimmermehr als Subjekt des Arbeitsvertrages anerkennen will. In den rückständigen und noch wenig durch starke Organisationen zur Einsicht gezwungenen geschweigen zweifellos die Unternehmer der Gummiindustrie. Die Widerstandslosigkeit der Arbeiterschaft hat den Gummikönigen nicht nur Riesengewinne in die Taschen geschmuggelt, sie hat

und die Ueberzeugung in ihnen reifen lassen, daß es göttgewolltes Gesetz und kapitalistische Notwendigkeit ist, zu verhindern, daß aus den rechtlosen Heloten jemals selbstbewusste Arbeiter werden. Und die Befürzung im Unternehmertum war groß, als im Vorjahre diese Illusion grausam zerstört wurde. In Hannover, München, Frankfurt usw. regten sich die Arbeiter und kämpften. Die Mehrzahl dieser Kämpfe ging allerdings verloren, weil die Arbeiter ihre Kraft überschätzten. Und die „Gummizeitung“, das Sprachrohr der Gummifabrikanten, frohlockte in dem törichtsten Glauben, daß die Arbeiter dadurch entmutigt würden.

Inzwischen hat sich das Blättchen gründlich gewandelt. Mehrere Betriebe der Gummiindustrie sind in diesem Jahre in wochenlangem zähen Kampfe bezwungen worden, und andere haben „freiwillig“ den Forderungen der Arbeiter nachgegeben.

Das Ertrachen der Arbeiter hat aber noch einen anderen Erfolg gehabt. Die Unternehmer beschäftigen sich mit der Stellung des Arbeiters und die „Gummizeitung“ verdrängt spaltenlange „volkswirtschaftliche“ Artikel über Arbeiterauschüsse, Organisationen und Tarifverträge. Daß diese Artikel weder klar noch logisch sind, auch keine Spur von Einsicht in die treibenden Kräfte des Wirtschaftslebens erkennen lassen, tut nichts zur Sache, aller Anfang ist schwer, und mit der Zeit wird das schon besser werden.

Vorläufig ist es nicht nur interessant und lehrreich, sondern auch lustig, dieses kapitalistische Prekariat in so ungewohnten Elementen sich tummeln zu sehen, und es wird unseren Kollegen und Kolleginnen gewiß einige erheitende Augenblicke bereiten, wenn wir ihnen an einigen Auszügen zeigen, wie die „Gummizeitung“ sich die Stellung der Arbeiter im Betriebe vorstellt.

Ueber die Arbeiterauschüsse, diese doch gewiß recht zahme Form einer Anerkennung der Arbeiter, die überdies in neun von zehn Fällen versagen, wenn nicht starke Organisationen das Rückgrat dieser Einrichtung bilden, urteilt die „G.“ wie folgt:

„Ein Arbeiterauschuss mag noch so zahlreich sein, er ist immer ein Organisationsfaktor. ... Und eben deshalb, weil die ganze Unternehmertätigkeit im wesentlichen eine wirtschaftliche Tätigkeit ist, die sich lediglich das Kapital und die Arbeit dienlich macht, eben deshalb kann auch das Unternehmertum auf seine maßgebende und gebietende Stellung nicht verzichten. Darum ist es aber auch durchaus nicht falsch, wenn der Fabrikant sagt: „Ich habe auch einen Arbeiterauschuss in meiner Fabrik, aber er hat nichts zu sagen, — er darf nur tun, was ich will.“ Der Wille des Geschäftsherrn, der muß das maßgebende Element in seinem Betriebe bleiben — und deshalb wird man allen Arbeiterauschüssen nur eine untergeordnete Rolle zuweisen dürfen. ... Eine „Prüfung von der Direktion zurückgewiesener Forderungen“ halten wir direkt für einen Eingriff in die Befugnisse der Betriebsleitung.“

Diese Haltung ist einfach töplich! Ein Arbeiterauschuss, der so „zahm“ ist, daß er nur tut, was der Unternehmer will, der nichts zu sagen hat, der es vor allen Dingen nicht magt, die Maßnahmen der Direktion auch nur zu „prüfen“, der vielmehr die einzige Aufgabe hat, eine Art Betriebspolizei zu bilden, eine solche groteske Karrikatur eines „Arbeiterauschusses“ will man gnädigst zugestehen. Die Arbeiter danken für solchen „Ausflug“. Ueber die Organisationen der Arbeiter wird folgende Weisheit verzapft:

„Wenn die Arbeiter bemächtigt sind, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, und wenn sie sich zu diesem Zwecke organisieren, um für jeden die besten Arbeitsbedingungen ausfindig zu machen („ausfindig machen“ ist wirklich sehr gut. Z.B.), so wird ihnen das niemand verdenken können. Aber innerhalb des Betriebes hat diese Organisation nichts zu sagen, darf ihr keinerlei Macht und Einfluß zugestanden werden. ... Ob wirklich, hinsichtlich der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen — es ist alles eins. Arbeiterorganisation heißt Arbeiterorganisation, mag sie die parlamentarischen Formen wählen oder nicht, sie stellt in jedem Falle einen Wirtschaftsfaktor dar. ... Unterstellt man immer der Grundfrage, daß das Arbeitsverhältnis ein Produkt freier Vereinbarung ist, zwischen jedem einzelnen Arbeiter und seinem Arbeitgeber und deshalb von keiner Seite ein Zwang ausgeht, werden dann aber die Entscheidungen darüber, was und wieviel gewährt werden kann, muß immer bei der Stelle liegen, die es gewähren soll. Auf dieses Recht der „Gewalt im eigenen Hause“ kann kein Unternehmer verzichten.“

Wer dazu veranlaßt ist, in den Preßberichten kapitalistischer Untertänigkeit herumzuspazieren zu müssen, der wird etwas gewarnt; Logik wird da nur in homöopathischen Dosen gegeben und das Prekariat verleiht unumwiderrlich alles wieder, was sich ihm in den Weg stellt. Trotzdem müssen wir bekennen, daß uns so kuriose, traurige Auffassung noch selten vorgekommen ist. — Eine Organisation, die die besten Arbeitsbedingungen „ausfindig machen“ soll, aber keine wirkliche Einflüsse im Betriebe hat, und ein Arbeitervertrag, der von beiden Parteien frei vereinbart werden soll, wobei die Bedingungen des Vertrages aber von dem Unternehmer bestimmt werden, das sind so tollhämische, unglückliche Phantasiegebilde, daß von einer ernsthaften Arbeit derselben keine Rede sein kann. Wir können da nur gute Befehle wünschen.

Der Vogel sieht die „Gummizeitung“ aber ab mit ihrer Ansicht über die Tarifverträge. Sie schreibt dazu:

„Wir sehen im Tarifvertrage ein wirksames Mittel der Arbeiterkraft, das Unternehmertum unter ihre Fackel zu zwingen und an die Stelle des zwiespältigen, widersprechenden, roßfies wirkenden Einzelunternehmers, für dessen Tätigkeit die Konkurrenz die Haupttriebfeder bildet, ein vereinigtes, energieloses, untalentiertes Unternehmertum zu setzen, dessen einzige Aufgabe ist, Arbeit zu schaffen zu Bedingungen, die im wesentlichen die Arbeiterkraft vorzeichnen.“

Uff! Wir erklären uns für überwandbar. Es gibt Eigenschaften, gegen die selbst Götter vergebens kämpfen, und wir sind keine Götter, man wird uns also nicht der Freigabe helfen können, wenn wir gegen solche Eigenschaften den Kampf aufgeben.

Es wird aber eine Zeit kommen, und sie dürfte nicht sehr fern sein, in der die Gummifabrikanten Arbeiterauschüsse haben werden, die nicht „zahm“ sind, sie werden noch mit

Organisationen rechnen müssen, die ihren Wirkungskreis auch auf das Arbeitsverhältnis ausdehnen, und die Tarifverträge, die auch in der Gummiindustrie kommen werden (einige bestehen übrigens schon), werden den kapitalistischen Schickschreibern die patriarchalischen Schranken austreiben. Und dann wird auch die „Gummizeitung“ ihre Meinung ändern — dürfen. Bis dahin noch einmal gute Befehle!

Kapital und Arbeit!

Zu den Musterbetrieben, so recht nach dem Geschmack der Schatzmacher, gehören ohne Zweifel die Lüneburger Düngelalkwerke. Inhaber Georg Pieper und Rudolf Blunt-Hamburg. Dieser der Kalkbrennerei und zwei Kalkbrüden gehören zu dem Betrieb eine Naphthalin- und eine Ziegelfabrik auf Formelstein. Die regelmäßige Arbeitszeit in diesen Betrieben beträgt 11 Stunden täglich, damit wird als Anfangslohn 2,80 Mk. bis 3 Mk., später je nach Kunst und Gaben 3,25 Mk., an einen Teil älterer Arbeiter auch 3,50 Mk., in Tagelohn bezahlt. Die Arbeit in den Kalkbrüden und das Einladen der Ueberstundenarbeit in vollster Wäute steht, existiert ein Ausschlag für Ueberstunden nicht.

Nicht einmal die in der Arbeitsordnung festgelegten Pausen werden innegehalten, angeblich deshalb nicht, weil die Eigenartigkeit des Betriebes es nicht erlaubt. Bevor z. B. der zweite Uhr Pausenfall nicht getippt, kann von einer Frühstückspause in der Brennerei nicht die Rede sein. Außerdem gehört eine tägliche Arbeitszeit von morgens 3 bis abends 3 Uhr, gerade nicht zu den Seltenheiten, der Feiger erhält fast überhaupt keinen Schlaf mehr.

Diesen vorläufigen Arbeits- und Lohnverhältnissen schließen sich die Mißstände in bunte Reihe an. Die Gleisanlagen sind vollständig defekt, Reparaturen werden in „Ladung“ auf die damit verbundenen Unkosten tunlichst vermieden. An beiden Seiten des Gleises für Güterwagen der Staatsbahn befinden sich Pausen Urtrats in solchem Umfange, daß die Eisenbahnangestellten das Zusammenfuppeln der Wagen in Rücksicht auf ihr Leben verweigern. Selbstverständlich muß dann ein Angestellter der Firma diese lebensgefährliche Arbeit besorgen. Die Kalkmühle besteht aus einem in drei Abteilungen eingeteilten Kasten, derselbe wird nach Feierabend gezogen. Diese Mühle entwickelt einen so ungeheuren Staub, daß der Aufenthalt in dem Raum schier zur Unmöglichkeit gehört. Dessenungeachtet muß ein Arbeiter in diesem Hergenssel verweilen, die Schieber öffnen und die Kästen reinigen. Das Einladen der Masse beginnt des Nachts um 1 oder 2 Uhr, zum Einladen sind vier Mann erforderlich. Obwohl dieselben einen nassen Schwamm vor Mund und Nase mit einem Luche befestigt haben, sind ihnen nach der Tortur nicht nur die Lippen angeschwollen, sondern auch die Zunge ist mit Blasen belegt. Die Feiger an den Brennöfen sind allen Witterungseinflüssen ausgesetzt, indem sie beim Heizen gezwungen sind, ohne jeglichen Schutz unter freiem Himmel zu arbeiten. Der Feiger an dem großen Ofen hat neben seiner Beschäftigung den Hauptstuhl zu bedienen, der Feiger an dem kleinen Ofen muß in seinen Pausenstunden (??) Kohlenheben und Kalkziegen helfen! Obgleich zum Einmischen des Kalkes in die Brennöfen zwei Mann unbedingt nötig sind, muß aus Sparankleitsründen ein Mann die aufreißende Arbeit ausführen. Weiter! Die Loren zum Transport des Kalkes werden durch Pferde nach den Kalkmühlen befördert. Die Stellungen um die Brennöfen laufen jeden Augenblick Gefahr, vom Wind hinweggeblasen zu werden. Die Ventilation in den Fabrikräumen ist vollständig ungenügend, die Aborte in einem verwaorloren Zustande. Del zum Waschen liefert die Firma, aber keine Wascheräte. Nach Del schmeckt auch das Trinkwasser. Auch sind drei Brandbäder vorhanden, aber die Arbeiter können nicht in Erfahrung bringen, wo der Schlüssel zu der Badezelle steht. Wie verlautet, soll die Firma wiederholt auf Veranlassung der Gewerbeinspektion zu hohen Geldstrafen verurteilt sein, ohne jedoch ernstlich an die Abstellung dieser geradezu handlungsunfähigen Zustände zu denken.

Neben all den Unzuträglichkeiten ist der Unternehmer ein Vortroster in Krautausdrücken. Die Titel wie: „Galanten, Spitzbuben, Raubdiebe“ usw. scheint derselbe, auf seine Arbeiter angewandt, als Koponomen zu betrachten. Unflätige Redensarten, z. B.: „Ich soll die Knochen und ihr wollt das Fleisch kochen!“ gehören zum täglichen Umgang. Auch der Schwiegerohn des noblen Papas soll das Schimpfwort „Kochtopf“ mit Behagen studieren, die Virtuosität seines Schwiegerpapas hat derselbe jedoch noch nicht erlangt. Doch was ein Mädchen werden will, kränkt sich beiseiten!

Aber durch die fortgesetzten Heereien des Herrn Georg Pieper, gegen den ein sogenannter „gewerkschaftlicher Feiger“ der reine Waientnabe ist, naht die Stunde der Vergeltung. Unter seiner Arbeiterkraft hat der Organisationsgedanke Wurzel geschlagen. Wenn Herr Pieper bisher in seinem Herrschaftsall allen behördlichen Maßnahmen Trost geboten und mit „seinen“ Arbeitern nach Belieben schalten und walten durfte, so ist angeichts des Zusammenschlusses der Arbeiter sein Mannesmut befehllich ins Lachen geraten. Er, der alle Urhänge hat, die Organisation zu fürchten, ließ am Tage nach einer Betriebsversammlung ungefähr folgendes durch Anschlag bekannt geben:

Die Lüneburger Düngelalkwerke verpflichten sich, ihren Arbeitern den ganzen Winter Arbeit zu den bisherigen Bedingungen zu geben. An rüchlich soll vom November bis Februar keine Kündigung erfolgen.

Diesem gegenüber verpflichten sich die Arbeiter, bis April 1908 bei der Firma zu arbeiten und eine Kündigung von 4 Wochen, welche nur zum 15. oder 1. eines jeden Monats geschehen kann, innezuhalten.

Ein anderweitiger Vergleich ist nicht ausgeschlossen. Pieper. Lüneburg, den 6. September 1907.“

Von den durch Herrn Pieper „verheherten“ Arbeitern meldete sich keiner, diesen Maß zu unterschreiben, im Gegenteil, sie arrangierten eine Betriebsversammlung, um in dieser dem Annehmen eine Forderung entgegenzusetzen. Davon erhielt der Unternehmer Kenntnis, er richtete in seiner Not an den ersten Bevollmächtigten unserer Zahlstelle folgendes Schreiben;

Herrn C. Diefenbühl

Hierüber überreichen wir Ihnen eine Lohnliste derjenigen Leute, welche angeblich unsere sämtlichen Arbeiter, selbst die durchlaufenden Jünglinge, auffordern, in den Verband zu treten, um gemeinsam einen 6 Uhr-Arbeitschluss herbeizuführen.

Diese angeführten Leute sind diejenigen, welche sich stets die sehr gut bezahlte Arbeit des Abendempackens reserviert haben.

Es haben sich andere hierfür beklagt, nicht zu dieser Abendarbeit zugelassen zu werden.

Diese selben Leute, die sehr für Ueberstunden waren, wünschen heute um 6 Uhr Schluss.

Wir können nicht um 6 Uhr schließen, bei der Ziegelfabrik und Naphthalinfabrik ist dieses überhaupt unmöglich, auch geht es nicht in der Kalkfabrik, da die Eisenbahnwagen knapp sind und die Zeit zum Einladen fehlt.

Der Betrieb muß im ganzen bis 7 Uhr offen bleiben, müssen dieses Annehmen des 6 Uhr-Schlusses ablehnen.

Die letzten vorüberlaufenden Leute bekommen 3,25 Mk. pro Tag, die übrigen alle mehr, je nach Qualität.

Die alten Leute erhalten zum Weihnachtsgeschenk bis 30 Mk. jeden.

Die ersten Unfälle werden von uns bis zur vollen Genesung voll der Familie bezahlt.

Dieses Schreiben soll nur eine Aufklärung sein für Sie und nicht Ihre Handlungen beeinflussen.

Ergebenst
Lüneburger Düngelalkwerke
Georg Pieper.

Lüneburg, den 13. 9. 07.

NB. Damit wir uns entgegenkommend zeigen, haben wir unseren Leuten mitgeteilt, daß die Lohnberechnung wie bisher geschehen muß, daß wir allen Leuten, welche über 3 Monat bei uns sind, 15 Pf. pro Tag mehr zahlen werden, und denen, welche über 1 Jahr dort sind, 25 Pf. mehr zahlen wollen, außer den bisherigen Löhnen, mehr können wir nicht, an der Arbeitszeitverlängerung ist unumgänglich Minderung zu machen. D. D.

Tage darauf fand eine Verhandlung zwischen Herrn Pieper und unserem Bevollmächtigten statt. Außer den bereits gemachten Zugeständnissen soll in Zukunft die Sonntagsarbeit mit 40 Pf. bezahlt werden, die im Falle von Nordbeschäftigten Kollegen 1 Pf. pro Loren mehr erhalten. Außerdem soll vor den hohen Festtagen eine Stunde früher Feierabend gemacht und zwecks Befreiung von Differenzen ein Arbeiterauschuss gegründet werden.

Damit ist also unseren dort beschäftigten Kollegen das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt. Dieser Erfolg des Zusammenschlusses muß die Kollegen anspornen, nunmehr mit aller Kraft die Organisation weiter auszubauen, um auch die jetzt noch bestehenden Mängel aller Art beseitigen zu können. F. B.

Aus der chemischen Industrie.

Die Jahresversammlung unserer Unternehmer und ihrer Organisation, des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie (V) Deutschlands, fand Mitte September d. J. in Lübeck statt. Vorläufig sind wir über die Verhandlungen und Beschlüsse sehr mangelhaft unterrichtet. Die deutsche Arbeiterpresse ist noch nicht gerüstet genug, um die Beratungen unserer Industriellen mit der nötigen Aufmerksamkeit und Genauigkeit selbst verfolgen zu können. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben vor, welche das Preßbureau der sozialdemokratischen Blätter zu erledigen haben wird, das jetzt auf dem Parteitag in Essen beschlossen wurde. In die bürgerliche Presse aber lassen die Kapitalisten über ihre Generalversammlungen nur dasjenige gelangen, was ihnen paßt. Ihre Sache ist nicht so gut, wie diejenige der Arbeiter, die vor aller Öffentlichkeit zu verhandeln pflegen. Das Arbeiterinteresse deckt sich aber mit dem öffentlichen Interesse, nicht aber dasjenige der Unternehmer, deren Bestrebungen oft dem allgemeinen Nutzen direkt entgegenstehen. Deshalb die Verschwiegenheit der Haltung.

Soweit also bürgerliche Nachrichten vorliegen, zersellen die Beratungen in solche über rein technische, über wirtschaftliche und zum kleinsten Teil in solche über soziale Fragen.

Rein technisch scheint die Erörterung der Frage der Fabrikabwässerung gewesen zu sein, über welche der Vereinspräsident, Professor Weigelt-Berlin, berichtete, ohne daß näheres über den Inhalt des Referats mitgeteilt wird. Hier handelt es sich für unsere Unternehmer um die mögliche Herabminderung ihrer Betriebskosten. Sie möchten ihre der Nachbarschaft und der Allgemeinheit oft sehr schädlichen und ungesunden Fabrikabwässer möglichst billig beseitigen und kommen dabei öfters mit der Umgehung und den Gesundheitsbehörden in Konflikt. Deshalb lassen sie diese Frage fortgesetzt durch gelehrte Sachverständige studieren. Es ist dies ungefahr dasselbe, als wenn die chemischen Arbeiter in ihrer groß gewordenen Organisation einst ihre Einkaufs-, Wohnungs- und Fahrverhältnisse außer und zur Fabrik besser zu beachten, zu studieren und zu verbessern gelernt haben werden. Wie sehr die chemischen Kapitalisten an der bevorzugten und geschätzten Ausnutzung der Patente auf geistige Arbeit in ihrem Fach interessiert sind, zeigte sich daran, daß sie über deutsche Patentrechtsfragen und das Schweizer Patentrecht verhandelten. Auf Antrag des Justizrates Häuser-Höchst sprach die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß das neue Schweizer Patentrecht nicht eine Fassung erhalten habe, durch die ein wirksamer patentrechtlicher Schutz der Ergebnisse der deutschen chemischen Industrie gewährleistet werde.“ Aus der gelehrten Fassung des Beschlusses, dessen Uebersetzer offenbar der juristische Berater der Höchster Farbwerke-Missionäre ist, läßt sich lernen, wie gut unsere Herren Kapitalisten ihre Gedanken verbergen und sie in eine Form kleiden können, die so unschuldig wie möglich aussieht. Das neue Schweizer Patentrecht soll die „Ergebnisse der deutschen chemischen Industrie“ gefährden. Das klingt so, als ob das Deutsche Reich nichts Eiligeres zu tun haben müßte, als für die „deutsche chemische Industrie“ gegen die böse Schweiz einzuschreiten. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um „Ergebnisse“ der „Industrie“, sondern um die chemischen Erfindungen teilweise sehr schlecht gezahlter chemischer Fabrikangestellter, in deren skrupelloser kapitalistischer Ausbeutung die Schweizer Fabrikbarone genau dasselbe leisten, wie die deutschen, die belämmlich alle Gerichte bis zum Reichsgericht auf ihre Seite haben, wenn sie das Eigentumsrecht der löhnenden Erfindungen beanspruchen, welche „ihre“ Doktoren in ihren Fabriken machen. Und weil die chemischen Kapitalisten Deutschlands dies Privileg allein genießen möchten, deshalb das Gesetz! Endlich gehört der Bericht hierher, den Direktor Dr. Oppenheim über die Tätigkeit der Kommission für die chemische Reichsanstalt erstattete. Diese ist von „herdortragenden“ Vertretern der chemischen Industrie und Wissenschaft angelegt worden. Seitens der Mitglieder des Vereins ist ein Beitrag von ins. samt 333 000 Mk. gezehnet worden. Das preußische Finanzministerium hat die unentgeltliche Hergabe des erforderlichen Grund- und Bodens versprochen, während die Reichsregierung die Förderung des Planes aus Reichsmitteln in Aussicht stellte. Man sieht, daß auch hier unsere Unternehmer mit der Wurst nach der Speckseite werfen. Durch die Dreimillion, die sie für die chemische Reichsanstalt aus ihren „Entbehrungslohnern“ zeichnen, hoffen sie Staat und Reich zu noch viel größeren Ausgaben für die Gründung und Unterhaltung der Anstalt zu veranlassen, die für ihren Profit durch die Verbesserung der chemischen Betriebsmittel von größtem Nutzen sein wird. Die preußischen und deutschen Steuerzahler unterhalten dann die kostspielige Anstalt, die chemischen Unternehmer aber ziehen den Nutzen von ihr, sodaß sie ihre Dreimillion bald wieder herein haben. Und weil sie das Geld vorlegten, konnten sie auch noch in die Verwaltung der Anstalt und können diese ganz nach ihren Interessen beeinflussen. So wird's gemacht!

Der wirtschaftliche Teil der Verhandlungen war so befriedigend, daß unsere Herren Unternehmer und Direktoren mit leichtem Herzen und vollem Beutel das Festmahl im „Paisler“, sowie die Ausflüge nach Travemünde und die hollsteinische Schweiz mitmachen konnten. Durch den sachkundigen Berichterstatter wurde festgestellt, daß trotz der durch die Handelsverträge bedingten Erleichterungen der Absatz der chemischen Produkte infolge des außerordentlich starken Bedarfs des Auslandes im Berichtsjahr nicht nur nicht zurückgegangen, sondern, abgesehen von einzelnen Urteilen, erheblich gestiegen ist. Die Ausfuhr hat sich, soweit die veränderte amtliche Statistik eine Vergleichung zuläßt, von 11,6 auf 13,2 Millionen Doppelzentner, also um 13,6 Prozent, dem Wert nach sogar um 23 Prozent erhöht. Die Wertsteigerung der Rohstoffe, mit der die Fabrikpreise nicht Schritt halten konnten, die Steigerung der Arbeitslöhne (1) und der hohe Randistont wirkten angeblich nachteilig auf die Rentabilität; diese Einflüsse konnten aber durch die erhebliche Vermehrung der Produktion, sowie durch Verbesserung der Betriebsbedingungen und der Fabrikationsverfahren wieder ausgeglichen werden. Nach den Rechnungsabläufen von 143 Aktiengesellschaften der chemischen Industrie mit 477 Millionen Mark eingezahlten Aktienkapitals und 154 Millionen Mark Reservefonds ist bei einer Gesamtdividende von 72 Millionen Mark (also durchschnittlich 14—15 Prozent!) die Rentabilität im letzten Jahre wieder durchschnittlich um 0,89 Prozent gestiegen. Vergleicht man die Rentabilität der letzten Jahre miteinander und bezogen diejenige des Jahres 1899 als des Jahres der letzten Hochkonjunktur mit 100, so ergibt sich folgendes Verhältnis: 1899: 100, 1900: 91,1, 1901: 90,9, 1902: 87,8, 1903: 93,3, 1904: 98,7, 1905: 105, 1906: 115. Die Gewinnsteigerung des letzten Jahres verteilte sich auf die einzelnen Produktionszweige naturgemäß sehr verschieden. Während die Zunahme in der Feerfarbenindustrie 3,18 Prozent betrug, stellte sie sich in der In-

hier fremden Arbeiter in der ausgiebigsten Weise aus. Die Rantone gehört dem Meister; dieser sorgt dafür, daß die Arbeiter am Sonntag oft nicht einen Pfennig herausbekommen. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die Ziegeleimeister alle Mittel anwenden, um ein Eindringen von organisierten Arbeitern zu verhindern. Gegen sind die Arbeitsverhältnisse in den Ziegeleien in Trotha, Dönnitz u. s. w. schon etwas besser. Hier sind aber auch nur hiesige Arbeiter beschäftigt. Immerhin sind auch hier noch Mißstände genügend vorhanden. Der Lohn beträgt in diesen Ziegeleien 30-40 Pfennig die Stunde. Nur durch die allgemeine Agitation ist der Lohn hier um 2-4 Pf. die Stunde gestiegen. Die Arbeitszeit ist sehr verschieden; in einigen Ziegeleien beträgt sie 10, in den meisten aber 12-14 Stunden. Wo die längste Zeit gearbeitet wird, da wird der schlechteste Lohn gezahlt. In den Dönnitzer Altziegeleien flucht die Arbeiter wieder über schlechte Behandlung. Der Betriebsleiter läuft wie ein Jagdhund in den Ziegeleien herum, nur um die Arbeiter fortwährend anzutreiben. Bei jedem geringsten Vergehen wird Strafe erhoben. Springt ein Wagen aus den Schienen, so kostet es 50 Pf. Strafe; wirft jemand schuldlos eine beladene Karre um, muß er 20 Pf. Strafe bezahlen. Wer „zum Ungehörigsten aufsteht“, wird sofort entlassen. Ja, die Meister wagen es hier, an die jüngeren Arbeiter Ohrfeigen auszuteilen. Anstatt daß sich die Arbeiter endlich der Organisation anschließen, tragen sie ihre sauer verdienten Groschen lieber in Krüger- und Klümmereine. Die Ziegeleibetriebe sind dagegen schlauer gewesen, die haben sich schon im Winter organisiert. Dies hatte auch eine bedeutende Steigerung der Verkaufspreise der Ziegel- und Mauersteine zur Folge. Die Unternehmer machen ihr Geschäft, die Arbeiter sehen aber gleichgültig zu. Schwer ist es, die noch rückständigen Ziegler für die Organisation zu gewinnen; durch fortwährende Agitation wird es uns aber doch gelingen, hier Wandel zu schaffen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. In der Glimmerfabrik von Jaroslaws zu Weissenhof, Straßstraße 94, wurden wegen fortgesetzter Mißregelungen die Arbeiter und Arbeiterinnen des genannten Werkes bei der Betriebsleitung vorbestellt, um durch eine Aussprache derartige Dinge in der Zukunft möglichst zu verhindern. Die Antwort von seiten der Firma war die Entlassung des Vertrauensmannes. Daraufhin legte die Abteilung der an den Ring- und Röhrenpressen Beschäftigten ebenfalls die Arbeit nieder. Nun erfolgte von seiten der Betriebsleitung nachfolgender Anschlag:

„Durch die Niederlegung der Arbeit seitens der Ring- und Röhrenpresser ist eine Fortsetzung der Arbeit unmöglich gemacht worden.“

Der gesamte Betrieb der Milani-Abteilung wird deshalb heute, Donnerstag, den 26. September, 6 Uhr abends, eingestellt.

„Schonung findet morgen, Freitag, mittags 12 Uhr, statt.“

Verhandlungen wegen der eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit sind bis dato noch nicht möglich gewesen. Wir warnen hiermit alle in ähnlichen Betrieben Beschäftigten davor, Arbeit in genannter Fabrik anzunehmen. Ein Fabrikbetrieb befindet sich in Friedenau-Schöneberg.

Fabrikarbeiterverband, Berlin.

Goldberg. In der Huttmannfabrik von Reumann zu Goldberg sind Differenzen ausgebrochen. Der Inhaber der Fabrik plant ein Aktienkapital auf die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen. Dies beweist die Tatsache, daß einem Teil der Männer und auch einigen Frauen an Freitag gekündigt wurde, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß, wer aus dem Verbands aussteigt, weiter arbeiten könne. Die Verbandsmitglieder haben dies allerdings abgelehnt und beschloßen, um zu ihrer Organisation zu halten. Der Herr Reumann ist deshalb Arbeitergeher, welcher anlässlich der Ferien die Schülkenberjer Jagd und Schilde ganze 4 Pf. Stundenlohn in seinem Betriebe beschäftigte und bei dem es heute nur gute Arbeitskräfte auf den hiesigen Lohn von 12-14 Mark die Woche bringen. Daß ihm nun die Organisation ein Dorn im Auge ist, ist leicht erklärlich. Zugang ist ferngehalten.

Meißen. Sämtliche Arbeiter des Meißener Granitwerkes von Oswald Köhler sind schon die 13. Woche ausgepickert, weil sie sich nicht ohne weiteres einem neu eingeführten Kontroll- und Strafsystem unterwerfen wollten. Die ganze Bewegung ist aber nunmehr zu einem Kampfe um das höchste Gut der Arbeiter, um das Wahlrecht übergegangen. Jeder Arbeiter, welcher in dem Eldorado des Herrn Köhler in Arbeit tritt, muß sich durch Ehrenwort und Gewissenshaftigkeit, keine rechte Gewerkschaft anzugehören. Es wird ihm aber freigestellt, einer sogenannten gelben Gewerkschaft (Streikbrecherorganisation), welche unter dem Namen: „Freie Vereinigung deutscher Steinarbeiter“ von den Klausuristen des Herrn Köhler gegründet wurde, beizutreten.

Nach allen Teilen des In- und Auslandes hat man Herr Köhler seine Agenden eingeschickt, welche teils unter falschen Vorprügelungen verschickt wurden, teils ungenutzt ankommen. Ja, sogar in die Kaiserinnen hat er seine gelben „Kulturkämpfer“ platzen lassen, in der Hoffnung, daß die jetzt entlassenen Meisterkinder zum Verräter an ihren Klagengeheuern werden mögen.

Kühlerkinder! Wir fordern euch auf, folgt nicht den Verlockungen des Herrn Köhler. Werdet nicht zum Verräter an euren Mitgenossen! Gebt den gewinnlosesten Agenten des Herrn Köhler die Antwort, die ihnen gebührt! Dem unter Kampf ist auch euer Kampf, und unser Sieg ist auch euer Sieg! Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Beiträge Lohgerber. Die „Gewerkschaftsstimme“ tobt! Ja, zwei „Gewerkschaften“ übertriebener Ansehnlichkeit macht sich der Herr Köhler über den Ausgang der Lohgerberbewegung Luft. Die Führer in Eldorado erhoffen nämlich einen Streik, um dann den Streik mit gewaltigen Entschädigungen belegen zu können; dieser hochheilige Plan ist ihnen durchkreuzt worden, und deshalb der Herr Köhler den Streik unter den gegebenen Umständen auszuheilen war und nur eine Schädigung zahlreicher Arbeiterfamilien zur Folge gehabt hätte, tut für die hiesigen Lohgerber nichts zur Sache; im Gegenteil, einen solchen Anschlag würdigen sie nur nachher auf die „roten Köhler“ schreien zu können, die ihre Mitglieder in einem ausdrittelten Streik hegen.

Verstehe der Schmeichelei ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Herr Köhler, ein Kerl, der die Wahrheit nicht leiden kann und Unfähigkeit dem Gegner gegenüber für eine Wunde und schändliche Niederlage hält. Daß dieser Fangel uns Arbeiterverband

vorwirft und aus der Gasse, in der er sich — gewissen Tieren gleich — mit Vorliebe herumspaziert, Dreck auf uns zu werfen sucht, ehrt uns. Wir würden es als eine große Beleidigung betrachten, wenn er uns loben würde. Den Verräter der christlichen Lohgerber über die weggeschwommenen Felle verstehen wir. Über daß sie diesen ihren Verräter so tolpatschig-dümm zum Ausdruck bringen würden, hätten wir nicht geglaubt. Aber: Selig sind, die geistig arm sind.

Eine allgemeine Lohnbewegung der schwedischen Zuderfabrikarbeiter findet gegenwärtig statt. Verhörungen, die Anfang dieses Monats in Helsingborg mit den Vertretern von acht Fabriken geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen. Von der achtstündigen Arbeitszeit, die für die Fabriken gefordert wird, wo man Tag und Nacht arbeitet, wollten die Unternehmer nichts wissen. Statt des geforderten Minimallohnes von 45 Öre für Arbeiter boten sie 30 bis 35 Öre, und statt 35 Öre für Arbeiterinnen nur 18 bis 22 Öre. Die Unterschiede sind also so groß, daß ohne Kampf ein Ausgleich unmöglich erscheint. Anfang dieser Woche hat in Lund eine Konferenz der Zuderfabrikarbeiter Schwedens stattgefunden, auf der Vertreter aller Fabriken mit Ausnahme einer einzigen anwesend waren. Hier wurde beschlossen, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten. Die alten Tarifverträge laufen für die meisten Zuderfabriken Schwedens am 1. Oktober ab, in elf Fabriken sollten sie jedoch bis in das nächste Jahr gelten. Da diese Fabriken aber in andere Hände übergegangen sind, werden wohl auch sie in die Lohnbewegung einbezogen werden. Die Zuderfabrikarbeiter Schwedens sind gut organisiert; sie gehören meist dem Groß- und Fabrikarbeiterverband an. Die schwedische Zuderindustrie wird immer mehr zu einem kapitalistischen Monopolunternehmen. Allein in der vorigen Woche haben drei Zuderfabrikgesellschaften beschlossen, ihre gesamten Betriebe an den Zudertrust, die schwedische Zuderfabrikallianzgesellschaft, zu verkaufen.

Korrespondenzen.

Abbrud. Zu dem in Nr. 38 erschienenen Artikel ist noch folgendes nachzutragen: Nach der Niederlage, die sich der Direktor in der Versammlung am 4. September geholt hatte, war eine begeisterte Aufregung unter den Arbeitern des Betriebes. Um dieselben nun wieder etwas zu beschwichtigen und den verlorenen liberalen Glanz wieder aufzurufen, wurden von dem „liberalen Mann“ nacheinander zwei Versammlungen in der Kantine abgehalten. Hier legte der Direktor aufs neue — ohne daß er zu befürchten brauchte, daß in der Diskussion jemand das Wort ergreift — den Arbeitern aus, daß in der Abbruder Fabrik ein Verband nicht vonnöten sei. Die vierzehntägige Lohnzahlung wolle er einführen, wenn es die Mehrzahl der Arbeiter verlange, auch stellte er eine Lohnhöhung von 10 Pf. pro Tag in Aussicht. Nun ging es auf einmal! Hätte aber von seiten des Verbandes keine Versammlung stattgefunden, in denen die Mißstände mit unerbittlicher Schärfe gekennzeichnet wurden, die Arbeiter hätten noch lange auf die „Besserung“ der Lohnzahlung warten müssen. Vorläufig ist dies aber nur eine Forderung in Gänsefüßchen. Denn auch die zweiwöchentliche Lohnzahlung ist noch zu lang, wenn die heutigen teuren Verhältnisse in Betracht gezogen werden. Wie der liberale Direktor arbeitet, um jeden Unzufriedenen, der sich um die Organisation kümmert, zu beschwichtigen, beweist die Heldentat, daß er den Malermeister, bei welchem der Kollege König beschäftigt war, veranlaßte, denselben zu entlassen, ja, er zahlte sogar jetzt 12 bis 13 Wochen Lohn im voraus für König. Der betreffende Malermeister hatte keine andere Wahl, als den Gehälten zu entlassen, wollte er nicht die ganze Arbeit, die er von der Fabrik jemals bekam, verlieren. Das ist Verroismus, wie er schlimmer jedenfalls noch nie zur Anwendung gelangt ist. Was denkt der liberale Direktor von dem Wort des Kaisers: „Schwerste Strafe demjenigen, der andere an freiwilliger Arbeit hindert“? Diese Worte wurden doch gerade von seinen Parteigängern mit Hurra begrüßt. Weiter mußte auf Veranlassung dieses Mannes der Militärverein bei dem Wirt ausziehen, in dessen Lokal die Versammlung stattfand. Aus allem dem geht doch mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Organisation im Betriebe gefährdet wird wie das Feuer. Der dreimal heilige Profit der Kapitalisten ist in Gefahr, deshalb muß alles zur Abwehr dieser Gefahr aufgeboten werden. Auch Warden legt man in die Welt, um die Arbeiter wie die Geschäftsleute grübelig zu machen. „Wenn die Arbeiter sich organisieren, wird die Fabrik geschlossen“, heutzutage dumme Klagen werden ausgepredigt. — Die Zeit wird lehren, daß eben die Verhältnisse härter sind als die Menschen, auch härter wie der Direktor in Abbrud. Kollegen und Kolleginnen der Papierfabrik, denkt daran, daß auch anderwärts oft alles versucht worden ist, die Organisation der Arbeiter zu hintertreiben — mit welchem Erfolg, zeigt die heutige Entwicklung der Gewerkschaften. Laßt euch nicht einschüchtern, sondern zeigt, daß ihr das beste Recht für euch in Anspruch nehmt, das anderen Arbeiterkategorien gewährt werden mußte. Zugang ist nach wie vor von Abbrud ferngehalten.

Heilbronn a. N. Dank der guten Organisation war es möglich, in der Silberwarenfabrik P. Brudmann u. Söhne, hier, für die ca. 200 ungelerten Arbeiter einen geregelten Lohnkampf durchzuführen. Die jetzigen Löhne erfahren eine Steigerung von 50 Pf. bis zu 3,20 Mk. pro Woche, bis die tariflichen Höchstlöhne von 21 Mk. beziehungsweise 22 und 23 Mk. pro Woche erreicht sind. Inzwischen sind zwei Jahre ist dies die vierte Lohnbewegung in diesem Betriebe. Erzielt wurde in diesen vier Bewegungen die neunstündige Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 4 Mk. pro Woche. Mögen nun die dortigen Kollegen, sowie die übrigen am Orte, gefestigt auf die Ergebnisse ihrer Organisation, auch fernerhin fest und treu zur Organisation halten und bestrebt sein, mitzuarbeiten an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes, denn ohne Saat keine Ernte.

Planenscher Grund. Wie notwendig es ist, daß die organisierte Arbeiterklasse darauf dringt, Männer in den Vorstand einer Betriebskrankenkasse zu wählen, die mit Energie die Interessen der Arbeiter vertreten, zeigt folgender Vorfall. Am 30. August nachts verunglückte der Schürer Masch in Siemens' Glasfabrik, Dahlen, dadurch, daß er beim Krüpfen eines beladenen Humpes ausglitt und rücklings in die dort liegenden Glasflüge stürzte, wodurch er sich am rechten Arm die Schlägelader und Sehnen durchschnitt. Als der Verunglückte verbunden werden sollte, fehlte es leider an dem notwendigen Verbandsmaterial. Vom Portier wurden Streifen von

Senden dazu verwendet, womit das Blut aber nicht gestillt werden konnte. Der Verunglückte mußte nun zum Arzt gefahren werden. Aber wo war der Krankenwagen? Er war nicht zu erlangen, weil der Schläffel nicht zu finden war. Der Verunglückte wurde nun auf einen Tafelwagen (1), mit etwas Stroh versehen, geladen und so zum Arzt gefahren. Der Arzt soll sich beschwert haben, daß der Kranke nicht gleich ins Krankenhaus gefahren worden sei. Nach längerer Zeit, nachdem ein Notverband angelegt worden war, wurde der Verunglückte wieder auf diesen Tafelwagen geladen (2) und in das Krankenhaus transportiert, wo der Verunglückte halb benutzlos ankam. Es ist hier hinzuzufügen, daß die Siemens'sche Arbeiterkassette früher mehrmals das Gluck hatte, tüchtige Vertreter in die Verwaltung der Betriebskrankenkasse zu wählen, aber diese wurden, sobald sie von ihrem Recht Gebrauch machten und Forderungen stellten, diesen und jenen Mißstand zu beseitigen, gemahnet. Daraufhin sagte sich die Arbeiterkassette, daß es dem doch zwecklos sei, zu wählen. Sie protestierten also durch Nichtbeteiligung an der Wahl gegen dieses Vorgehen der Firma. So kam es denn, daß an der diesjährigen Wahl sich nur ca. 25 Wahlberechtigte beteiligten! Und das sind meist Werkmeister und nur einige Arbeiter. Es wird Aufgabe der Arbeiterkassette sein, bei der nächsten Wahl hierzu Stellung zu nehmen, wenn die Firma nicht selbst zur Einsicht kommt und Abänderung schafft.

Verbandsnachrichten.

Vom 17. September ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Dresden 800,—, Regensburg 200,—, Burgdorf b. S. 61,70, Bremen 800,—, Kiel 800,—, Halberstadt 200,—, Wetzlar 100,—, Leipzig 12,—, Spittal 11,—, Bruchhausen 2,80, Braunschweig 1800,—, Kassel 100,—, Zehdenick 100,—, Eutin 100,—, München 100,—, Köln 800,—, Reiz 75,—, Sessen 35,20, Pommersdorf 600,—, Um a. D. 28,—, Thale a. G. 500,—, Ziegelhausen 33,31, Ernsthofen 8,50, Heitenleidenheim 44,80, Altkarbach 33,68, Eisenberg (Pfl.) 5,24, Kölln 1000,—, Döggersheim 250,—, Kahla 27,50, Harburg 800,—, Heidenheim 800,—, Schönbeck a. G. 600,—, Welfel 100,—, Halbe 46,10, Umden 31,21, Nürnberg 600,—, Albrud 14,60, Ubed 800,—, Rötzig 600,—, Lügen 73,02, Kassel 52,76, Einzelmitglieder 216,95, Ueterfen 200,—, Saargemünd 10,05, Sommerfeld N. 2. 288,86, Grund 133,38, Lindenwäde 75,31, Sammersdorf 69,10, Oberhausen 18,88, Vörsch 13,90, Elmshorn 600,—, Tostedt 6,10.

Schluss: Montag, 30. September, mittags 12 Uhr. Fr. Brunck, Kassierer.

Für Militärpflichtige.

Allen Kollegen, die zum Militär eingezogen werden, bringen wir nachstehende Bestimmung unseres Statuts in Erinnerung (§ 6, Abs. 13):

Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden oder ins Ausland reisen und sich ordnungsmäßig am Wohnort abgemeldet haben, können vierzehn Tage nach ihrer Rückkehr gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches dem Verbandsmitglied wieder beitreten, und ist in diesem Falle das alte Mitgliedsbuch abzunehmen und dem Verbandsvorstand einzuhändigen. Die vor der Militärfreiheit geleisteten Wochenbeiträge werden nach vollzogener Anmeldung in Anrechnung gebracht.

Wer seine bisher geleisteten Beiträge nach Ableistung der Militärfreiheit angerechnet haben will, muß sich also ordnungsgemäß abmelden und sein Buch gut aufbewahren. Wer einen sicheren Aufbewahrungsort nicht hat, kann es auch vor Eintritt zum Militär an den Hauptvorstand einsenden.

Nachricht.

Zum Sekretär wurde der Kollege Stille-Bergedorf gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Der Vorstand.

Zahlstellen, die von den nachstehenden Nummern der „Gleichheit“ noch überzählige Exemplare am Orte haben, werden ersucht, dieselben an den Vorstand einzuhändigen. Es fehlen: Nr. 2, 3, 5, 6 und 17.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:

- Bauzen. 10 Pf. pro männliches und 5 Pf. pro weibliches Mitglied und Monat.
- Duisburg. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
- Dresden. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
- Regensburg. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
- Landach. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Buch-Nr. 237 007, Aug. Beye, eingetreten in Flensburg.
- Buch-Nr. 34 994, Herm. Gläd, eingetreten am 15. April 1904 in Ludwigsfelde.
- Buch-Nr. 103 690, ausgestellt am 15. 12. 05 für Heinr. Kurze in Wedel.
- Buch-Nr. 109 030, ausgestellt auf den Namen Ernst Gaube.

Eingegangene Zahlstellen.

- Kahla und Spittalau.
- Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
- Annweiler (Pfalz). Jakob Ludwig.
- Berndorf. Friedrich Vogt, Kolonnenstraße 2.
- Bromberg. Fr. Berner, Thorenstraße 18.
- Bühow i. M. Herm. Kraak, Kirchenplatz.
- Eudon. Carl Glend, Kl. Osterstraße 36.
- Sennigsdorf. Gustav Wolwarsky, Burgstraße 8.
- Andenheim. Georg Hüdt XI, Altrippstraße 89.
- Pries. C. Wolke, Oberstraße 9.
- Pölk. Her. Wendt, Hospitalstraße 5.
- Radeberg. Verlehr: Gasthaus zur Reichsstraße.
- Schleusig. Fr. Boege, Leipzigerstraße 18.
- Sessen. Richard Bernide, Rachenpflüß 179.
- Stadtdendorf. Wilh. Düe, Baustraße 80.
- Zerbst. Gust. Striebing, Am Plan 17.

Der Vorstand für die ständige Geschäftsstelle zur Mitteilung, daß die Stelle besetzt ist. Der Vorstand des Gau 4.

Zahlstelle Zegel.

Samstag, den 13. Oktober 1907, nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn H. Gieseler, Zegel, Poststraße 92, 2. Etage.

Generalversammlung.

- 1. Tagesordnung vom 1. Oktober 1907.
- 2. Bericht über die Tätigkeit.
- 3. Bericht über die Finanzen.
- 4. Bericht über die Mitglieder.
- 5. Bericht über die Arbeit.

Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Wittenberg.

Unser nächster Versammlung findet jeden zweiten Sonntag im Monat im „Liedertafel“, Wittenberg, statt. Mitglieder sind ersucht, sich zum besten Bekannten zu melden.

Diesjähriges Stiftungsfest.

Samstag, den 9. November, im gleichen Lokale. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Bremen.

Vom 2. Oktober ab befindet sich unser Bureau im Gewerkschaftshaus, Faulenstraße 58/60, 1. Et. Fernsprecher 618.

Wir ersuchen sämtliche Zahlstellen und Redaktionen dorthin zu richten. Das Bureau ist geöffnet wie bisher morgens von 11-1 Uhr, nachmittags von 5-7 Uhr. An Sonntagen und Feiertagen bleibt das Bureau geschlossen.

Zahlstelle Spandau.

Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale von Paul Kamke, Schmaltestraße 80.

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Antrag der Gem. S. Langwitz (Berlin) über: „Die Kulturbeziehungen der modernen Gewerkschaften“. Hierzu gewähltes Referat von Langwitz und Tanz. Die Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Zahlstelle Barth a. Ostsee.

Sonnabend, den 12. Oktober: Zweites Stiftungsfest. Die Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Komitee.

Zahlstelle Friedland i. Mecklenb.

Unsere Versammlung findet am 13. Oktober 1907, nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn R. Siewert statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig.

Zahlstelle Stettin und Umgebung.

Am 1. Oktober haben die gewählten Kassierer ihre Tätigkeit begonnen. Die Beiträge werden also nicht Sonntag, sondern an Wochentagen abgeholt. Unsere Mitglieder mögen dies beherzigen und in Abwesenheit das Mitgliedsbuch und den fälligen Beitrag bereit legen. Da nicht ausgeschlossen ist, daß bei der Neueinteilung dieser oder jener Vergeßten ist, erheben wir die Vertrauensleute usw., daß uns diese Fälle umgehend gemeldet werden. Bei dem bevorstehenden Wohnungswechsel ist es notwendig, daß dem Kassierer oder dem Bureau rechtzeitig die neue Adresse angegeben wird. Gewisse Beschwerden über unrichtige Abholung der Beiträge usw. sind ebenfalls sofort dem Bureau, Langestraße 9, bekannt zu geben.

Zahlstelle Neumünster.

Sonntag, den 6. Oktober, nachm. 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Burg, Blücherstraße 7. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Vollständige Erscheinung ist notwendig.

Die Bevollmächtigten.